

**Inhalt:**

*Pro Deutschland.  
Krawatte statt Springerstiefel, Seite 1*

*ÖBS: Wer leistet die  
Bürgerarbeit? Seite 3*

*Termine beim MRBB,  
Seite 4*

**Kein Wir ohne Uns**

Newsletter des Migrationsrats Berlin-Brandenburg

## Pro Deutschland. Krawatte statt Springerstiefel

„Pro Deutschland“ – Nein, das ist keine Sloganidee für die Fußball WM. „Pro Deutschland“ ist eine bundesweite Organisation, die sich als „Bürgerbewegung“ bezeichnet und das Ziel verfolgt einen rechtsextremen Konsens in der deutschen Politik zu schaffen. Dazu brauche es eine „Erneuerung des Staates vom Haupt bis zu den Gliedern“. Denn „Nach Grünen, FDP und Sozialdemokraten haben jetzt auch die Unionsparteien Deutschland zum Einwanderungsland erklärt.“ Die Strategie sieht so aus, dass bei den „Gliedern“, also mit der Kommunalpolitik begonnen werden soll. Verbündete in den Ländern und Gemeinden sollen in ihrer Umgebung selbständig Überzeugungsarbeit leisten. Auf ihrer Homepage hat die Organisation genau ausgerechnet, wie viele Adressen von Privathaushalten mit potentiellen Sympathisanten in dem jeweiligen Kreis akquiriert werden müssen, um die für Kommunalwahlen wichtigen 4 Prozent der Wählerstimmen erreichen zu können.

Pro Deutschland möchte die Sache an der Wurzel anpacken: „Nicht die Ausländer sind unsere Gegner, sondern unsere eigenen deutschen Politiker, die eine verfehlt Ausländerpolitik betreiben!“, heißt es im offiziellen Konzeptpapier. „Pro Deutschland“ macht, trotz eines bewusst missverständlichen und manipulativen Sprachgebrauchs, deutlich, wie eine nicht verfehlt „Ausländerpolitik“

auszusehen hat: „Millionenfache Arbeitslosigkeit, immense Staatsverschuldung, hohe Kriminalität und arrogante Entscheidungen wider dem Volkswillen haben Unmut im Volke hervorgerufen. (...) Vor allem die multikulturelle Politik der Altparteien fordert unseren Widerspruch heraus“. Hier wird der altbekannten Argumentationslinie von Neonaziorganisationen und NPD gefolgt: „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“. In der Tat ist „Pro Deutschland“ über die Biographien der Mitglieder mit der NPD und anderen rechtsextremen Organisationen verbunden. So heißt es beispielsweise im Spiegel über den Pro NRW Chef Markus Beisicht:

„Jurist Beisicht und einige Vorstandskollegen pflegen seit Jahren Kontakte zur ultrarechten Szene. Mit den Radikalen der 'Deutschen Liga für Volk und Heimat' setzte Ex-Republikaner-Mitglied Beisicht Anfang der neunziger Jahre 1000 Mark Kopfgeld auf eine untergetauchte Asylbewerberin aus. Sein Vize Rouhs war NPD-Mitglied.“

Allerdings versucht die Organisation „Pro Deutschland“, indem sie sich immer wieder zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ und zum Grundgesetz bekennt, ihre extremistische Haltung zu verschleiern. Bieder und hemdsärmelig statt Glatze und Springerstiefel. Dies zusammen mit dem intensiven Networking auf Kommunalebene ist alle Male Grund



Demo gegen einen Moscheebau

Gefunden bei [www.mitmischen.de](http://www.mitmischen.de)

zur Besorgnis. Nicht zuletzt auch, weil Teile der Argumentationsmuster eben durchaus in der Mitte der Gesellschaft verankert sind. Vor allem drei Aspekte:

1. Deutschland als Nicht- Einwanderungsland.
2. Integration als Verwertbarkeit von Menschen auf dem Arbeitsmarkt.
3. Der Islam als Antiaufklärung.

Wenn in einem Land, wo laut statistischem Bundesamt rund jeder fünfte Mensch aus einem migrantischen Kontext stammt, noch immer die Realität der Einwanderungsgesellschaft negiert wird, handelt es sich dabei entweder um verblendete Ideologie oder um eine Farce. Nun behauptet aber gerade die Mitte, dass sie ideologiefrei ist. Ob eine Meinung, ein Handeln frei von Ideologie sein kann oder nicht sei dahingestellt. Doch wenn Politiker der Mitte – und zwar nicht nur Sarrazin und Buschkowsky – die Einwanderungsgesellschaft nach wie vor ernsthaft in Frage stellen, dann ist zumindest eine Gesinnungsparallele zu Organisationen wie „Pro Deutschland“ nicht zu verkennen.

Ähnlich sieht es mit dem zweiten Aspekt aus. Die Migrationssoziologin Gökçe Yurdakul erinnert an den berühmten Ausruf von Max Frisch: „Wir riefen nach Arbeitskräften und es kamen Menschen“. Diese Erkenntnis scheint auch nach mehr als fünfzig Jahren nicht so ganz in der Politik angekommen zu sein. Laut Yurdakul spiegelt die Integrationspolitik in Deutschland eine Idee von Integration wider, die die Bewertbarkeit der Menschen für den Arbeitsmarkt in den Vordergrund stellt.

Die Integrationsdebatte kann kaum konstruktiv sein, wenn man nicht endlich damit anfängt Subjekte als Menschen zu sehen, anstatt sie auf Inputfaktoren des Arbeitsmarktes zu reduzieren. Wie z.B.

Sarrazin mit der Aussage: „eine große Zahl an Arabern und Türken [hat] keine produktive Funktion (...), außer für den Obst- und Gemüsehandel“.

Der dritte Punkt – die Angst vor dem Islam – rückt zunehmend in den Vordergrund und geht Hand in Hand mit einer Ethnisierung von Muslimen. Im öffentlichen Diskurs werden oft Verbindungen zwischen muslimischen Wurzeln und gesellschaftlichen Problemen wie Gewalt, Sexismus, Homophobie und Antisemitismus behauptet. So wird ein homogener Islam als binäre Opposition der „westlichen Kultur“, die für Toleranz, Menschenrechte und Aufgeklärtheit stehen soll, konstruiert. Die Präambel des „Pro Deutschland“ Programms dürfte nicht nur die rechtsextreme Szene ansprechen: „Die Bürgerbewegung pro Deutschland versteht sich als politische Vereinigung von Menschen, die den abendländischen Charakter Deutschlands bewahren wollen.“

Der 4. Bundesparteitag von „Pro Deutschland“ soll am 17. Juli im Rathaus Schöneberg statt finden. Dagegen zu protestieren, ist richtig und wichtig, weil auf diese Weise zivilgesellschaftlich Wachsamkeit und Missgunst gegenüber Menschenfeindlichkeit demonstriert wird. Es muss Öffentlichkeit geschaffen werden, um diese gespaltenen Zungen vorzuführen, die unverhohlen auf Begriffe wie Freiheit und Demokratie zurückgreifen.

Doch das Problem sitzt tiefer: Solange es in der Mitte keine radikale Abkehr von erwähnten Grundhaltungen gibt, können Organisationen wie „Pro Deutschland“ auf Erfolg hoffen. In Zeiten großer Verunsicherung entpuppt sich die Wirtschaftskrise als eine Gesellschaftskrise und Demagogen versuchen davon zu profitieren. Es bedarf eines ausgesprochenen politischen Willens, der neue Zeichen setzt und sich vor allem gegen solchen Aktionismus positioniert. Diese

Art der Mobilmachung muss ernst genommen und als „Volksverhetzung“ entlarvt werden.

Was politischen Organisationen zu tun bleibt – seien es Migrant/innen-Selbstorganisationen, seien es NGOs, die sich der sozialen Gerechtigkeit ver-

schrieben haben, seien es Parteien oder Quartiersmanagements –, ist neben dem Protest in akuten Fällen, Aufklärungsarbeit überall im öffentlichen Raum, wo sich die Möglichkeit bietet. Von der Schule bis zur Arbeitsagentur. *du*

## ÖBS: Wer leistet die Bürgerarbeit?

Dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) drohen starke Restriktionen. Damit auch der Bürgerarbeit im Allgemeinen – darüber besteht im Land Berlin kein Zweifel.

In einem offenen Brief an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales von der Leyen formulierten die Bezirksbürgermeister/innen aus Lichtenberg, Pankow, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick und die Bezirksstadträt(e)/innen von Friedrichshain-Kreuzberg, Spandau, Treptow-Köpenick und Reinickendorf die Bitte, den ÖBS für Berlin zu verstetigen und auszuweiten. In dem Brief wird der Einsatz von Langzeitarbeitslosen in Berlin durch den ÖBS als ein Erfolg bezeichnet.

Das Modell ÖBS existiert in Berlin seit 2006. Im Moment arbeiten über 7500 Menschen in diesem Sektor in folgenden Handlungsfeldern:

- Neue Perspektiven einer älter werdenden Gesellschaft z.B. durch Stärkung der Mobilität der Einzelnen erreichen, Sicherstellung des Abbaus von Barrieren oder die Ausweitung von Serviceangeboten für Seniorinnen und Senioren,
- Stärkung des sozialen Zusammenhalts (Nachbarschaftsarbeit, soziale Infrastruktur),
- Integration von Migrantinnen und Migranten und Mehrheitsgesellschaft

Um eine ÖBS-Stelle zu bekommen, muss die Person seit mindestens zwölf

Monaten arbeitslos sein und wenigstens zwei sogenannte „Vermittlungshemmnisse“ aufweisen. „Vermittlungshemmnisse sind Alter über 50 Jahre, gesundheitliche Beeinträchtigung, mangelnde Sprachkenntnisse oder fehlender Schul- oder Berufsabschluss.“ Die Betroffenen dürfen in absehbarer Zeit (24 Monate) nicht in eine ungeforderte Beschäftigung vermittelt werden und sie müssen bereits seit mindestens 6 Monaten intensiv vom Jobcenter betreut worden sein. Viele Migrant/innen bekamen dadurch eine „sinnvolle“ Beschäftigung.

Von diesem Modell profitiert also sowohl die vermittelte Person durch die Anstellung in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis (allerdings ohne Arbeitslosenversicherung) als auch die bezirkliche Infrastruktur durch die Verrichtung diverser Tätigkeiten, die den Zusammenhalt der Bevölkerung fördern.

Durch das Modell ÖBS werden vorwiegend zivilgesellschaftliche Strukturen gestärkt, in denen ehrenamtliches Engagement zur Vollzeitbeschäftigung geworden ist. Viele, die Sozialarbeit leisten, freuen sich auf den Einsatz von neuen Kräften, die den akuten Bedarf an Hilfeleistungen erbringen.

Von Kind bis Großeltern wird mit dem Modell ÖBS vielen, darunter auch vielen Migrant/innen, geholfen. Dass diese anspruchsvolle Arbeit befristet finanziert wird, ist bedenklich, vor allem wenn die Frage gestellt wird, wer die „Integrationsarbeit“ leistet.

Oranienstr. 34  
10999 Berlin

TELEFON:  
030 / 61658755

FAX:  
030 / 61658756

E-MAIL:  
[presse@mrbb.de](mailto:presse@mrbb.de)

Herausgeber: MRBB

Redaktion:  
Deniz Utlü (du),  
Elena Brandalise (eb),  
Nuran Yigit,  
Pavao Hudik

Texte können verwendet und ver-  
vielfältigt werden, sofern die Quelle  
angegeben ist.

[www.mrbb.de](http://www.mrbb.de)

Jetzt wird die Finanzierung umgestellt. Die Beschäftigung von ÖBS-Kräften ist bisher nach Regeltarifverträgen bzw. ortsüblichen Löhnen bezahlt – mit einem Mindeststundenlohn von 7,5 €. Grundlage für diese Förderung sind die bundespolitischen Instrumente Kommunal-Kombi und BEZ (§16 e, SGBII), die mit Landesmitteln bezuschusst werden. Damit wird erstens eine Trägerpauschale finanziert und die Beschäftigten erhalten ein existenzsicherndes Arbeitsverhältnis. Ab 2011 sieht die Welt anders aus. Da das Bundesprogramm Kombi ausläuft und die bisherigen Bedingungen für den öffentlichen Sektor geändert werden entfallen beide Programme.

Die Förderungen des Landes Berlin sind den aktuellen Förderbedingungen und vom Beschäftigungszuschuss des Bundes an die Jobcenter anhängig. Die Änderungen führen zu dem Ergebnis, dass der Zuschuss nicht mehr für die Ausfinanzierung im gemeinnützigen Bereich möglich ist. Da das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Mittel für den Zuschuss anderweitig verteilen möchte, erhält Berlin keine ausreichende Finanzierung mehr. In der Geschäftsanwei-

sung informiert das Ministerium, dass nur noch unbefristete Arbeitsverhältnisse gefördert werden.

Deswegen hat der Senat beschlossen den Rückgang bei den Geförderten insoweit auszugleichen, als dass in Zukunft „Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante“ für die Grundfinanzierung des ÖBS Berlin genutzt werden sollen. Die Folgen sind für Ältere die Förderung bis zur Rente. Für die Anderen ist dann eine Förderung im gemeinnützigen Bereich nicht mehr möglich.

In dem offenen Brief wird betont, dass alle Mittel, die zur Finanzierung der eintretenden Arbeitslosigkeit der Betroffenen gebündelt werden können, damit aktive und passive Leistungen zur Verfügung stehen und die Bundesländer bzw. die Kommunen mit Landesmitteln aufgestockt werden.

Sollte dies nicht passieren werden vor allem Vereinen und der so genannten Kulturarbeit beim Streichen dieser Förderung die „human resources“ abgekappt und die Personen wieder in die Hartz-Spirale verdrängt. *eb*

### **Termine (alle beim MRBB)**

- 24.06, 18:00 Uhr Vertreterratssitzung
- 01.07, 16:00 Uhr Roundtable mit der LABO
- 19.07, 15:30 Uhr Welche Rolle spielt die **strukturelle** Ebene in der Jugendarbeit im Übergang Schule und Beruf?
- 24.08, 15:30 Uhr Welche Rolle spielt die **persönliche** Ebene in der Jugendarbeit im Übergang Schule Beruf?

### **Über den MRBB**

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB), ein Dachverband mit 76 Mitgliedsorganisationen, versteht sich als Interessenvertretung von „Migrant/innen“ und ihren Angehörigen und setzt sich für ihre rechtliche, soziale und politische Gleichstellung ein. Themen des MRBB sind u.a. Partizipation, Bildung, Medien und Empowerment. Der Newsletter erscheint monatlich und ist als Informationsmedium an alle direkten oder indirekten Mitglieder und darüber hinaus an Multiplikator/innen und Interessierte gerichtet. Für Mitglieder gibt es monatlich einen Redaktionstag, an dem sie ihre Anliegen für den Newsletter thematisieren können. Artikel können unverbindlich an [presse@mrbb.de](mailto:presse@mrbb.de) gesandt werden.